



Parlamentarische Versammlung des Europarates

Eine von 123 Abgeordneten unterzeichnete Erklärung spricht sich für einen demokratischen Wandel im Iran aus



- Wir unterstützen die "dritte Option" der Oppositionsführerin Frau Maryam Rajavi. Sie sieht einen demokratischen Wandel durch das Volk und seinen Widerstand vor und wir fordern den UN Sicherheitsrat, den EU Rat und die EU auf, sofortige Maßnahmen zur Freilassung von politischen Gefangenen und zur Verhinderung der Unterdrückung der Aufstände zu verabschieden.
- Das iranische Regime will, das irakische Einheiten die 3.400 Oppositionellen in Camp Ashraf eliminieren und damit die Aufstände im Iran stoppen

Seite 3

Festnahmen, Massenprozesse, Hinrichtungen dauern im Vorfeld der Februar-Demonstrationen an

- Zwei politische Gefangene erhängt
- 11 weitere zum Tode verurteilt
- 16 weitere vor Gericht gestellt
- "Mehr als 20 Mitglieder der PMOI, die an dem Schüren von Krawallen beteiligt waren, sind verhaftet worden; ihnen wird Moharebeh (Feindschaft gegen Gott) zur Last gelegt", sagte der stellvertretende Minister für Nachrichten und Sicherheit des Mullah-Regimes.



Maryam Rajavi:

Das Erhängen der beiden politischen Gefangenen bezeichnet einen neuen Grad der Barbarei des mittelalterlichen Regimes. Es ist ein deutliches Zeichen der Schwäche des Regimes und seiner Ratlosigkeit angesichts des landesweiten Aufstands.

Seite 6

In einer Sitzung des Europäischen Parlaments Abgeordnete verurteilen die Unterdrückung im Iran



Während einer Sitzung des Europäischen Parlaments über die "Situation im Iran" am 19. Januar 2010 verurteilten die Abgeordneten das brutale Vorgehen des Regimes gegen die Demonstranten sowie sein Nuklearprogramm.

Seite 2

Catherine Ashton - in der EU verantwortlich für Auswärtige Angelegenheiten:

"Was das Lager Ashraf betrifft, haben wir wiederholt den Irak daran erinnert, daß dies Problem in vollem Einklang mit dem internationalen Recht und ohne Gewalttätigkeit gelöst werden muß."

Die "Washington Post" - Editorial: "Der Schlüssel für den Umgang mit dem Iran: Presseverbindungen mit der Opposition"

Seite 8

Der landesweite Aufstand hält an:

Demonstranten verbrennen Bilder von Khomeini und Khamenei in Shiraz

"Tod dem Diktator"-Sprechchöre während einer Demonstration in der heiligen Stadt Qom

Seite 7

Die inhumane Belagerung von Ashraf dauert an

Seite 5

Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Abgeordnete des Europäischen Parlaments, besorgt über die nuklearen Drohungen der Mullahs, verurteilen die Niederschlagung des Aufstands



Am 19. Januar 2010 wurde während einer Plenarsitzung des Europäischen Parlaments über die "Situation im Iran" debattiert. Abgeordnete verurteilten die Niederschlagung des iranischen Aufstands und die Weigerung des Regimes, bezüglich seines Nuklearprogramms den Forderungen der internationalen Gemeinschaft nachzukommen.

"Tief besorgt über die gewalttätige Unterdrückung"

Zu Beginn der Debatte sagte Catherine Ashton, neuerdings zuständig für die Auswärtigen Angelegenheiten der EU, vor dem Parlament in Straßburg: "Ich bin tief besorgt über die Nachrichten von dergewalttätigen Unterdrückung der Demonstrationen und den willkürlichen Verhaftungen in Teheran und anderen iranischen Städten während der Ashura-Feiern Ende Dezember. Der Einsatz von Gewalt gegen

die Demonstranten, die ihre Meinungs- und Versammlungsfreiheit ausüben wollen, ist nicht hinnehmbar. Es handelt sich hier um allgemeine Menschenrechte; sie müssen geachtet werden. Die wegen friedlichen Gebrauchs dieser Rechte Verhafteten sollten entlassen werden." Baronin Ashton sagte auch: "Der Iran respektiert seine internationalen Verpflichtungen nicht." Sie setzte dem Haus auseinander, sie bedauere, daß der Iran sich weigere, in ernsthaften Gesprächen mit der Europäischen Union oder der internationalen Gemeinschaft zu einer Einigung zu kommen. Abgeordnete aller Parteien zollten dem Mut und der Energie der Demonstranten Respekt und verurteilten das repressive Vorgehen des Regimes gegen Andersdenkende. Viele drängten zu einem härteren Vorgehen gegen das iranische Regime. Im Folgenden einige Auszüge:



Marietje Schaake
Niederlande,
"Liberales Bündnis"

Die jüngsten Verhaftungen von Menschenrechts-Reportern durch das Sicherheitsministerium zeigen, daß das iranische Regime in wachsendem Maße das Land abschnüren will. ...

Es ist höchste Zeit, daß Europa eine einheitliche Position gegenüber dem Iran einnimmt; die Welt wartet darauf.



Charles Tannock
Vereinigtes Königreich
"Europäische Konservative und Reformen"

Der rücksichtslose Ehrgeiz Ahmadinejads, nukleare Waffen zu entwickeln, stellt gegenwärtig in meinen Augen die schwerste Bedrohung des Weltfriedens dar. Nur mit einmütiger, koordinierter Handlungsweise kann die europäische Diplomatie Erfolg haben. Es muß gezielte Sanktionen geben, die dem Regime deutlich schaden müssen.

Gleichfalls sollten wir anerkennen, daß Volk und Regime im Iran nicht dasselbe sind. ... Wir Abgeordneten dieses Hauses wünschen einen freien, demokratischen Iran, der aufhört, durch Hamas und Hisbollah den Terrorismus zu exportieren.



Bastiaan Belder
Holland
Europäische Gruppe für Freiheit und Demokratie

Es gibt keinen Zweifel daran, dass das Atomprogramm der islamischen Republik ein ernsthaftes Sicherheitsrisiko ist. Ich hoffe immer noch, dass die internationale Gemeinschaft dies jetzt endlich begriffen hat und dementsprechend handelt. Ich glaube, dass alle Optionen auf den Tisch kommen sollten. Gibt es eine Plattform für rigorose Sanktionen gegen das iranische Regime? Die Beendigung ökonomischer Beziehungen zwischen großen EU Nationen und der islamischen Republik werden ernsthafte Auswirkungen auf die Atomfrage haben.



Frédérique RIES
Belgien
"Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa"

Iran erlebt zweifellos die schlimmste Krise seiner Geschichte seit 1979. Es ist wichtig, einschneidende, gezielte Sanktionen zu fordern. Wir täten gut daran, der iranischen Jugend beizustehen, die ihren Protest in die Welt hinausruft.



Lena KOLARSKA-BOBIŃSKA
Polen
Gruppe der europäischen Volkspartei (Christdemokraten)

Die Situation im Iran verschlechtert sich jeden Tag dramatisch. Die Menschenrechte werden brutal verletzt und wie sehen einem Terror, den wir seit Jahrzehnten nicht mehr gesehen haben. Sie versuchen diejenigen zu unterdrücken, die für eine bessere Zukunft ihres Landes kämpfen. Todesstrafen gegen die Opposition unter der Maßgabe des "moharebeh", als Feinde von Gott, sind inakzeptabel. Die EU muss sich jetzt der Situation im Iran anders nähern. Die EU Außenbeauftragte Ashton sollte ein starkes und klares Signal an das Volk des Iran senden, um unseren Willen zur Verteidigung der Menschenrechte deutlich zu machen.



Fiorello PROVERA
Italien
"Europäische Gruppe für Freiheit und Demokratie"

Die innere Situation im Iran verschlimmert sich kontinuierlich. Es besteht ein Mangel an internationaler Zusammenarbeit. Die Iraner verweigern der IAEA Zugang zu den Urananreicherungsanlagen. Daran zeigt sich die wahre Intention des iranischen Nuklearprogramms. Wäre es nur friedlich, so müßte es nicht versteckt werden. Europa muß daher seine Sorge unüberhörbar zum Ausdruck bringen.



Marco SCURRIA
Italien,
"Gruppe der Europäischen Volkspartei (Christliche Demokraten)"

Wir müssen Baronin Ashton fragen, ob es wirklich Sinn hat, eine Delegation nach Teheran zu schicken, solange die iranische Regierung sich weigert, sich mit uns auf ein gemeinsames Gesprächsprogramm zu verständigen, zu dem die Argumente der Opposition gehören würden.



Mariya NEDELICHEVA
Bulgarien
Gruppe der europäischen Volkspartei (Christdemokraten)

Unsere Aufgabe ist es, die iranische Zivilgesellschaft und ihre Widerstandsbewegung so gut wie möglich zu unterstützen. Das Recht auf Opposition und das Recht auf eine faire Auseinandersetzung der Gruppen für eine pluralistische Gesellschaft im Iran sind Dinge, die wir zu lange übersehen haben und die weit davon entfernt sind, im Iran real zu sein.



Monica Luisa MACOVEI
Rumänien
"Gruppe der Europäischen Volkspartei (Christliche Demokraten)"

Ich habe mich entschlossen, den größten Teil meiner Zeit auf die Bekanntmachung der Personen zu verwenden, die nach den Berichten im Iran in Haft sitzen. Einige von ihnen sind zum Tode verurteilt worden, weil sie das politische Regime kritisiert oder ihre Bürgerrechte verteidigt haben.

Das gemeinsame Anliegen dieser Personen muß bekannt werden, ebenso wie ihre Sorge über die Situation im Iran. Was will die Kommission oder der Rat tun, um die Freilassung dieser politischen Gefangenen zu erreichen? Welche finanzielle Unterstützung läßt die Kommission den NGO's zukommen, die für einen freien Iran arbeiten?

Erklärung von 123 Parlamentariern zur Unterstützung des Planes von Maryam Rajavi zum demokratischen Wandel im Iran



Am Donnerstag, den 28. Januar, wurde der Parlamentarischen Versammlung des Europarates eine schriftliche Erklärung vorgelegt, in der gefordert wurde, die Unterdrückung des Volksaufstandes durch das klerikale Regime im Iran zubeenden und sich für einen demokratischen Wandel im Iran auszusprechen. Diese Erklärung zum Iran wurde bisher von mehr als 120 Mitgliedern der Versammlung unterschrieben. Ihr gehören 47 Nationen aus Europa und Zentralasien an. Unter den Unterzeichnern befinden sich 12 Ausschuß-Vorsitzende und 5 Vizepräsidenten der Europäischen Versammlung.

Die Erklärung hat folgende Formulierung:

Millionen Iraner fordern Freiheit und Demokratie. Die Sicherheitskräfte haben Tausende von ihnen getötet, verletzt bzw. verhaftet; sie verfolgen einige von ihnen als "Mohareb" (d. h.: solche, die zum Krieg gegen Gott hetzen). Regierungsvertreter wiederholen: Da die organisierte und legitime Opposition "Organisation der Volksmohajedin Irans" immer noch besteht, ist jegliche Unterstützung oder überhaupt Beziehung zu ihr ein Akt der "Moharebeh" (Gottesfeindschaft); darauf steht nach dem islamischen Strafgesetz die Todesstrafe. Um den Aufstand zu beenden, verlangt das Regime von den irakischen Truppen, die 3 400 Mitglieder zählende Oppositionsgruppe im Lager Ashraf zu vernichten. Ein Überfall im Juli des vorigen Jahres ergab 11 Tote und 500 Verletzte. Dennoch wird der Aufstand fortgesetzt - mit Parolen wie "Nieder mit Khamenei" und "Nieder mit dem Prinzip der absoluten klerikalen Herrschaft"; das gesamte Regime soll verändert werden. Wir unterstützen den "dritten Weg" von Frau Maryam Rajavi, der Oppositionsführerin - den demokratischen Wandel, der durch das Volk und den Widerstand zu erreichen ist; wir fordern den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, den Europarat und die Europäische Union auf, umgehend Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, zur Freilassung der politischen Gefangenen zu führen und der Unterdrückung des Aufstands ein Ende zu machen. Dauerhafte Beziehungen zum Iran müssen auf einer umfassenden Verbesserung der Menschenrechtssituation begründet sein. Die Vereinten Nationen müssen die Bewohner von Ashraf schützen, und die Truppen der Vereinigten Staaten müssen garantieren, daß sie vor Gewalt und erzwungener Umsiedlung verschont werden.



Potito SALATTO
Italien

Gruppe der europäischen Volkspartei (Christdemokraten)

Die schlimmste Verletzung der Menschenrechte durch die iranische Regierung, welche ein UN Abkommen zum Schutz von Minderjährigen unterzeichnet hat, ist die Verurteilung von Minderjährigen zum Tode. Ich wünsche mir nach dieser Debatte, dass Baronin Ashton damit fortfährt, eine klare Linie in Europa und im EU Parlament in Bezug auf den Iran durchzusetzen. Ich wünsche mir, dass die Kommission die Opposition unterstützt und mit denen diskutiert, die im Exil leben. Frau Maryam Rajavi ist die Person, mit der sie sprechen sollten.



Geoffrey VAN ORDEN

Großbritannien
Europäische Konservative und Reformer

Baronin Ashton, sie reden über die iranische Delegation. Die iranische Delegation sollte vom 8. bis 10. Januar in den Iran fahren, doch der Besuch wurde abgesagt. In Wahrheit wurde der Besuch von den iranischen Behörden abgesagt. Viele von uns haben schon lange davor gefordert, den Besuch zu stoppen - obwohl der Vorsitzende der Delegation uns ignorierte - und dies trotz der Tests von Langstreckenraketen, dem Schießen auf Demonstranten oder andere Störungen in der Zeit um Weihnachten. Der Besuch der Delegation wurde abgesagt, doch das Parlament hätte das viel früher durchsetzen sollen.



Struan STEVENSON

Großbritannien
Europäische Konservative und Reformer

Die Phase des Dialogs und des Engagements im Iran ist vorbei. Die Menschen sterben fast jeden Tag auf den Straßen in ihren Protesten gegen das faschistische Regime. Erst gestern haben sie davon gehört, dass in einem Schauprozess in Teheran fünf Demonstranten der Ashuraaufstände vom 27. Dezember zum Tode verurteilt wurden. Es ist genug. Keine weiteren Gespräche, keine Beschwichtigungspolitik. Wir brauchen harte Sanktionen. Das ist der einzige Weg den Menschen im Iran zu zeigen, dass wir ihre Proteste unterstützen.



Tunne KELAM
Estland

Gruppe der europäischen Volkspartei (Christdemokraten)

Herr Präsident, ich habe zu Frau Ashton gesagt, dass unsere Hoffnung, das iranische Regime von unseren Sorgen zu überzeugen, scheitern wird. Wir verhandeln mit einem Regime, das im "gestern" lebt und was wir nun brauchen ist eine Möglichkeit des Wandels. Das Regime scheint zu gehen, wie es aussieht und das iranische Volk hat seit letztem Juni couragiert gezeigt, dass sie diesem aggressiven und schändlichem Regime nicht mehr trauen und es nicht unterstützen wollen. Warum sollten wir also damit fortfahren?

Wir brauchen eine ernsthafte Unterstützung der Zivilgesellschaft und der demokratischen Opposition, darunter auch des Nationalen Widerstandsrates Iran, welcher die einzige Organisation ist, die ein sehr klares demokratisches Programm hat und der sich offen für einen atomwaffenfreien Iran stark macht.



Bogusław SONIK

Polen

Gruppe der europäischen Volkspartei (Christdemokraten)

Die Situation im Iran lässt die Besorgnis in der Welt steigen. Kanzlerin Merkel sagt, dass der Iran nicht auf das Angebot des Westens zur Kooperation im Atomprogramm reagiert hat. Die internationale Gemeinschaft hat bisher viel Geduld im Dialog mit Teheran bewiesen, aber nun sollte Schluß damit sein. Die Welt kann sich nicht zu Geiseln einer aggressiven und provokanten Politik der aktuellen Führung im Iran machen lassen. Der spanische Ratspräsident und Frau Ashton sollten mit Russland über diese Angelegenheit reden und Moskau von einer gemeinsamen Politik gegenüber dem Iran überzeugen.



Alexander ALVARO
Deutschland

Gruppe der Allianz der liberalen Demokraten für Europa

Wenn ein Regime wie das in Teheran, welches nicht nur anachronistisch ist, Todestrafen gegen seine eigene Bevölkerung ausspricht, sie steinigt und andere Dinge tut... dann will ich harte und starke Worte von den höchsten Repräsentanten der ausländischen Politik hören und Sanktionen gegen den Iran sehen. Wir wollen nicht nur fordern, sondern eine Gleichbehandlung sehen.



Piotr BORYS

Polen

Gruppe der europäischen Volkspartei (Christdemokraten)

Wir müssen die Menschenrechte schützen und unsere tiefe Sorge über das ausdrücken, was in den letzten Monaten in Hinblick auf die Menschenrechte der Opposition geschah. Zu allererst sollte die EU aktiv sein, wenn es um das Atomprogramm geht. Ein mit Atomwaffen ausgerüsteter Iran ist eine grosse Bedrohung für den gesamten Mittleren Osten.

PMOI stellt US Terroreinstufung in Frage

Am Dienstag, dem 12. Januar 2001, befasste sich das Bundesberufungsgericht der Vereinigten Staaten für den Gerichtsbezirk Columbia mit einer Anfechtungsklage gegen die Entscheidung des Staatssekretärs, die iranischen Volksmujahedin (PMOI) weiter als terroristische Organisation bezeichnen zu dürfen. Der Anwalt des State Departments hatte in einer mündlichen Verhandlung eingeräumt, dass das nicht klassifizierte Material ungenügend Beweise enthielt, die die Aufnahme der PMOI in die Liste unterstützen könnte. Er räumte ebenfalls ein, dass die Entscheidung nur auf „vertraulichem Material“ beruhte, zu dem die PMOI keinen Zugang hatte.

Die unberechtigte Aufnahme in die Liste wurde von der religiösen Diktatur benutzt, um das brutale Vorgehen sowie auch die Hinrichtung von Gegnern im Iran zu rechtfertigen. Die Behörden des klerikalen Regimes benutzen dieses Label ebenfalls, um die irakische Regierung zu zwingen, die Camp Ashraf Bewohner zu ermorden und menschenunwürdig zu behandeln. Camp Ashraf ist die Heimstatt von 3.400 Mitgliedern und Unterstützern der PMOI.

Andrew Frey, der Partner von Bürgermeister Braun argumentierte am Dienstag im Namen der PMOI bei der Anhörung vor den drei Richtern des Gerichts. Bei seiner Eröffnungsrede sagte Herr Frey, dass die PMOI die einzige aller aufgelisteten Organisationen sei, die eine Petition bei diesem Gericht eingereicht habe. Sie ist der Hauptgegner des gegenwärtigen tyrannischen Regimes in Teheran. „Sie sieht sich vollkommen einem demokratischen, säkularen, atomwaffenfreien Iran in Frieden mit seinen Nachbarn verpflichtet.“

Im Bezug auf die breite Unterstützung der PMOI sagte Herr Frey: „Der Sekretär versucht den Status der PMOI als größte iranische Oppositionsgruppe zu beschmutzen, aber ich denke, dass wird von der außerordentlich sachverständigen Unterstützung, die heute vor diesem Gericht erschienen ist, geglaubt.“

Die fünf Sachverständigen zur Unterstützung des PMOI Falles waren Mitglieder des US Kongresses, mehrere iranische Gemeinschaften überall aus den USA, ehemalige Angehörige des US-Militärs, die im Irak waren, die Ashraf kannten, Mitglieder des Unter- und des Oberhauses aus dem Vereinigten Königreich und 264 Mitglieder des Europäischen Parlaments und nationaler Parlamente der EU Mitgliedsstaaten.

Die Richter fragten die Regierung, warum die PMOI vor dem Verbot nicht angehört worden war, so wie es die Richtlinien vom Juni 2001 desselben Gerichts vorschreiben. Der Umfang der gerichtlichen Überprüfung wurde ebenfalls erschöpfend in der mündlichen Verhandlung erörtert. Während die Regierung argumentierte, dass das Gericht nicht die Qualität der Informationen in Erwägung zu ziehen solle, bestand der PMOI Anwalt auf der zwingenden Notwendigkeit für eine Entscheidungsfindung, dass das Gericht Akteneinsicht, um sich von der substantiellen Beweislage zu überzeugen.

Der Anwalt der PMOI argumentierte, dass für die Aufrechterhaltung der Entscheidung über die Aufnahme der PMOI in die Liste „einige konkrete Beweise, etwas substantielles zur Unterstützung vorliegen müsse“.

Er argumentierte weiter, dass selbst dann, wenn die PMOI an Terrorakten beteiligt gewesen sei, diese vom Sekretär ebenfalls benannt werden müssten, damit es eingeschätzt werden kann.

Im Bezug auf eine Anschuldigung im Verwaltungsbericht sagte Herr Frey, dass aus dem Dokument der Regierung hervorgeht, dass die Informationsquelle „unbekannt“ sei und „sowohl der Zugang, als auch das Motiv unbekannt seien“. Er fügte hinzu, „dass diese Art der Dinge kein substantieller Beweis seien.“

Er forderte das Gericht auf, hinter die konkludenten Behauptungen zu schauen. Mehr als 100 Zuschauer, einige zur Unterstützung der PMOI, waren bei der Argumentation am Dienstag nach Aussage der Legal Times anwesend.

Am 15. Juli 2008, reichte die PMOI eine Petition bei der Staatssekretärin Condoleezza Rice ein und beantragte die Aufhebung der Brandmarkung der PMOI als Ausländische Terrororganisation (FTO), weil die Umstände der Organisation von Grund auf verändert seien und sie widerrufen kann.

Die PMOI übergab drei zusätzliche Erklärungen und bot der Sekretärin an, ihr bei der Entscheidungsfindung behilflich zu sein.

Am 7. Januar 2009 lehnte Sekretärin Rice die Petition ab. Das war falsch, denn der PMOI hätte eine Anhörung vor der Aufnahme in die Liste zugestanden, so wie es das Berufungsgericht bei seinen vorhergehenden Urteilen festlegte, und damit wurden die durch das Prozessrecht festgelegten Abgabezeiten der PMOI überschritten.

Im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen, reichte die PMOI rechtzeitig eine Anfechtungsklage innerhalb von 30 Tagen ein, nachdem sie informiert worden war, dass sie weiter auf der Liste der FTO stehen würde.

The Washington Times

Tuesday, January 12, 2010

Der Platz der PMOI auf der Terrorliste

Die iranischen Volksmujahedin sollten gestrichen werden
Meinung

Auszüge:

Heute (12. Januar 2010) ist die Anhörung zum Fall der iranischen Volksmujahedin ./. State Department der Vereinigten Staaten vor dem Bundesberufungsgericht für den D.C. Kreis. Das State Department behauptet, dass die PMOI eine terroristische Organisation sei. Die PMOI behauptet, dass die Vereinigten Staaten auf die iranische Propaganda hereingefallen seien. Die PMOI half den Vereinigten Staaten im Irak, in dem sie die Koalitionstruppen vor geplanten Angriffen von irakischen Aufständischen warnte. Die PMOI lieferte ebenfalls kritische Informationen über das geheim gehaltene Atomprogramm Irans, wie beispielsweise die ersten Berichte über die Verstecke der Einrichtungen in Qom und Natanz. Diese Enthüllungen wurden zunächst sehr skeptisch betrachtet, weil zuvor Informationen von irakischen Emigrantengruppen über das Programm von Saddam Hussein zur Entwicklung von Massenvernichtungswaffen sehr dürftig waren. Allerdings erklärte Frank Pabian, ein Seniorberater für den Atomwaffensperrvertrag am Nationallabor von Los Alamos in New Mexiko, dass die PMOI „zu 90 Prozent der Zeit richtig“ liege.

Die Streichung der PMOI von der Liste der ausländischen Terrororganisationen ist eine der wenigen Angelegenheiten, in denen sich beide Seiten im Kongress einig sind. Zweifelsohne ist das die gleiche Art bürokratischer Trägheit, die bis 2008 nicht in der Lage war, den südafrikanischen Präsidenten Nelson Mandela von der Liste zu streichen.

Das Vereinigte Königreich und die Europäische Union haben die Gruppe bereits von ihren Terrorlisten gestrichen und damit eine Verstimmtheit bei den Verbündeten Amerikas hervorgerufen, die darin komplizierte Bedingungen für eine gemeinsame Politik sehen. Die politische Logik, die dazu führte, dass die PMOI auf die Terrorliste der USA kam, hat sich ebenfalls geändert. Die Clinton Administration sah die PMOI im Oktober 1997 als Terroristen, um mit dem damals neu gewählten Präsidenten Irans, Mohammad Khatami, ins Gespräch zu kommen.

Teheran benutzt die PMOI als einen Allzweck-Sündenbock, um Reformer in Misskredit zu bringen, um die Vereinigten Staaten selbst bei ihren Denunziationen immer wieder daran zu erinnern, dass sie als Terroristen angesehen werden. Das Regime beschuldigte die PMOI des Mordes an Neda Soltan, die von den Schlägertrupps des Regimes bei den Demonstrationen im vergangenen Sommer erschossen wurde. Im Dezember behauptete das islamische Regime, dass die PMOI Seyed Ali Mousavi, den Neffen des Oppositionsführers Mir Hossein Mousavi ermordet habe. Die Mullahs können jeden beliebigen liberalen Reformer beschuldigen, mit der „Terrororganisation“ PMOI in Verbindung zu stehen und benutzen die Terrorliste der Vereinigten Staaten als Rechtfertigung für eine Todesstrafe. Es ist eine Ironie der Stunde, dass die Terrorliste Amerikas den Staatsterrorismus Irans ermöglicht.

Im vergangenen Jahr versuchte die Obama Administration eine Annäherung an das iranische Regime und wurde schroff abgewiesen. Es ist jetzt an der Zeit, dem islamischen Regime ein neues Signal zu senden. Mit der Streichung der PMOI von der Terrorliste wird anerkannt, dass sich die Gruppe von der Gewalt abgewandt hat. Das schafft einen glaubwürdigen Anreiz für andere Terrorgruppen, die möglicherweise ihre Wege reformieren wollen und nimmt dem theokratischen Regime ein Werkzeug aus der Hand, mit dem sie ihr eigenes Volk terrorisieren.

Unmenschliche Belagerung von Ashraf geht weiter

Medizinische Blockade

In den letzten drei Monaten hat das irakische Komitee des Premierministers, dass mit der Unterdrückung von Ashraf beauftragt war, den Bewohnern von Ashraf die Lieferung von Treibstoff in das Camp untersagt. Diese inhumane Belagerung enthält auch eine medizinische Blockade.

Irakische Einheiten haben den Druck und die Belagerung erhöht und den Bewohnern von Ashraf intolerable Bedingungen gegeben. Ein komplettes Verbot von Lieferungen medizinischer Waren und medizinischer Hilfe ist im Moment das größte Problem in Ashraf. Viele Patienten haben schwere Krankheiten und es gibt auch eine große Gruppe der Verwundeten der Angriffe vom Juli, die weiter medizinische Hilfe brauchen.

Die Restriktionen des Zuganges von Medizin und Ärzten ist seit einem Jahr. Seit letztem Oktober haben die irakischen Einheiten jeglichen Zugang von Spezialisten nach Ashraf verwehrt. Seit dem 25. November wurden Ärzte zurück geschickt, die vom Gesundheitsamt der Diyala Provinz kamen. Die Bewohner von Ashraf haben eigene Operationssäle, die irakische Spezialisten benutzen können, um Patienten zu behandeln, doch die irakischen Einheiten haben weder Chirurgen noch Anästhesisten den Zugang gewährt, selbst wenn sie eine Genehmigung der irakischen Regierung hatten, nach Ashraf zu gehen. Es gibt Fälle, wo Patienten bösartige Geschwüre bekamen und nun nicht mehr behandelt werden können, weil es damals keine Behandlung geben konnte. Einige Personen sind mittlerweile erblindet.



Dies geschieht, obwohl vor einigen Monaten irakische Spezialisten in das Camp gehen konnten, um Bewohner von Ashraf zu behandeln, die dafür bezahlt haben. Zusätzlich dazu haben die Bewohner von Ashraf Schwierigkeiten, Medizin zu kaufen und nur ein kleiner Prozentsatz der medizinischen Notwendigkeiten kommt in das Camp.

Verbot von Treibstoff- und Petroleumlieferungen

Seit vier Monaten hat Ashraf keine Treibstofflieferungen bekommen. Das irakische Komitee zur Schließung von Ashraf hat Treibstofflieferungen verboten und daher gibt es viele Schwierigkeiten für die Bewohner. Ihnen fehlt das Betreiben von Generatoren und die Bewohner von Ashraf haben so kaum noch Strom.

Familienangehörige von Ashraf Bewohnern zu schweren Strafen verurteilt

Aus Furcht vor einer Ausweitung und Intensivierung der landesweiten Aufstände, verstärkt das iranische Regime seinen Druck auf Familienangehörige und Verwandte von Bewohnern im Camp Ashraf und verhaftet weiterhin viele von ihnen.

Das klerikale Regime verhaftete vor kurzem wieder drei Angehörige von Bewohnern des Camps Ashraf; Aliasghar Nabavi, Reza Gholizadeh, Hanif Hosseindoust. Drei von den kürzlich Festgenommenen – Seyyed Zia Nabavi, Monireh Rabi'i, Hassan Tarlani – erhielten schwere Gefängnisstrafen.

Der 25jährige Aliasghar Nabavi, aus Ghaemshahr (Nordiran) wurde am 7. Januar nur verhaftet, weil er Verwandte im Camp Ashraf hat. Reza Gholizadeh, der Schwager von Herrn Nabavi, wurde am 8. Januar festgenommen. Fünf weitere Familienmitglieder sind gegenwärtig in Karaj (Zentraliran), Semnan (Nordiran) und Teheran inhaftiert: Tayabeh Nabavi, Atefeh Nabavi, Fatemeh Nabavi, Seyyed Jalal Nabavi, Alireza Nabavi. Seyyed Zia Nabavi, ein weiteres Mitglied dieser Familie steht unter der Anklage „Verschwörung und Kollaboration, um die nationale Sicherheit zu stören, systemfeindliche Propaganda, Störung der öffentlichen Ordnung, Unruhestiftung in der Öffentlichkeit“ und die Zusammenarbeit mit der iranischen Organisation der Volksmohajedin (PMOI/MEK).

Der 28jährige Hanif Hosseindoust, mit einem zweijährigen Kind verheiratet, wurde am 17. Januar verhaftet, weil seine Mutter und seine Onkels im Camp Ashraf sind. Der Cousin von Herrn Hosseindoust, Monireh Rabi'i, eine 32jährige Ingenieurin, wurde am 7. Oktober unter der gleichen Anklage verhaftet. Sie wurde mit einer Gefängnisstrafe von fünf Jahren bestraft und befindet sich zur Zeit in der Frauensektion im Block 350 des Teheraner Evin Gefängnisses.

Hassan Tarlani, ein 23jähriger Student, wurde zu zehn Jahren Gefängnis unter ähnlicher Anklage verurteilt. Er wurde vor kurzem vom Block 350 des Evin Gefängnisses in ein Gefängnis in Kerman (Südiran) verlegt, wo allgemeine und gefährliche Gefangene inhaftiert sind. Herr Tarlani ist der Großvater von Hassan Ali Safai, einem bekannten Teheraner Basarhändler, der 1981 wegen seiner Unterstützung für die PMOI hingerichtet wurde.



Atefeh Nabavi



Zohour Nabavi



Hamideh Nabavi

Drei Familienmitglieder wegen ihrer Beziehungen zu Familienmitgliedern aus Ashraf verhaftet

Amnesty International: Ashura Demonstranten stehen im Iran vor ihrer Hinrichtung

Varmazyari, 54, Majid Rezaii, Alireza Nabavi and Ali Massoumi.”

Am 8. Januar 2010 forderte Amnesty International das iranische Regime auf “keine Todesstrafen gegen die inhaftierten Demonstranten” des Ashura Tages zu verhängen.

“Mindestens fünf Demonstranten wurden bei den Protesten des Ashura am 27. Dezember verhaftet und wurden als moharebeh (im Krieg mit Gott) angeklagt, worauf Todesstrafe steht”. AI drückt seine Sorge darüber aus, dass sie keine faire Verhandlung bekommen. AI ergänzt: “Der Teheraner Generalstaatsanwalt Abbas Jafari-Dolatabadi bestätigte, dass es sich um fünf Mitglieder der Volksmohajedin Iran (PMOI) handle.”

In Bezug auf eine Gruppe von fünf Verwandten von Bewohnern aus Ashraf sagte AI: “Die PMOI hat gegenüber Amnesty International bestätigt, dass fünf Personen, die alle Kinder bei der PMOI im Irak haben, seit der Ashura Proteste verhaftet wurden. Es handelt sich dabei um Ali Mehrnia, 70, Parviz Varmazyari, 54, Majid Rezaii, Alireza Nabavi und Ali Massoumi.”

“Die Anklagen der Demonstranten sind nicht unter den “schwersten Verbrechen”, auf die Todesstrafe steht und die internationalen Recht verletzen. Selbst wenn sie für die Anschuldigungen verurteilt werden, dann werden sie dafür keine Todesstrafe erhalten”, sagte der stellvertretende Direktor von AI für den Mittleren Osten und Nordafrika Hassiba Hadj Sahraoui

“Die Instanzen sollten sicherstellen, dass alle Anschuldigungen auch wirklich im Zusammenhang mit den Demonstrationen stehen und dass dafür keine Todesstrafen ausgesprochen werden. Das gilt auch für das Werfen von Steinen oder Brandstiftung. Es müssen faire Prozesse nach internationalen Standards stattfinden und es darf niemand dafür zum Tode verurteilt werden.”

“Es gibt Nachrichten und Signale, dass die iranischen Behörden einen Anstieg der Todesstrafen plant, um die Demonstrationen einzudämmen”, sagte AI.

Verhaftungen, Massenprozesse und Hinrichtungen gehen vor den Aufständen im Februar weiter

- **Die Erhängung von 11 politischen Gefangenen sorgt für internationale Wut**
- **11 Todesurteile durch Schaengericht der Mullahs**
- **Die Erhängung von 11 politischen Gefangenen sorgt für internationale Wut**
- **11 Todesurteile durch Schaengericht der Mullahs**
- **Maryam Rajavi: Die couragierten Aufstände des Volkes werden trotz barbarischer Verbrechen bis zum Sturz des Regimes weiter gehen**

Schauprozesse sollen Hinrichtungen der Verhafteten rechtfertigen, die in Verbindung mit der PMOI stehen

Am 18. Januar 2010, fand ein Schauprozess des klerikalen Regimes statt, der von einem seiner Handlanger namens Salavati geleitet wurde. Dort wurde die "Höchststrafe" für fünf Häftlinge gefordert, die an den Aufständen am heiligen Ashura Tag (27. Dezember) teilgenommen hatten. Sie sind angeklagt, mit der iranischen Organisation der Volksmujahedin (PMOI/MEK) zusammenzuarbeiten, der "Ketzeri" (Krieg gegen Gott) und "Verschwörung gegen die nationale Sicherheit". Um zu verhindern, dass ihre abstoßende Theatralik bekannt wird, weigerte sich das klerikale Regime die Namen der Angeklagten bekannt zu werden.

Der kriminelle Richter unternahm alles, was in seiner Macht stand, um eine Reihe von Presseerklärungen zu veröffentlichen, in denen der Aufstand mit "Satelliten-Netzwerken und Aufrufen über Nachrichtenkanäle", "Cyberspace" und "Netzwerken von amerikanischen Geheimdiensten und Forschung" in Verbindung brachte. Gleichzeitig konnte er seine Bestürzung über den Angriff der Demonstranten auf "das Prinzip der Velayat-e-Faqih [Absolutismus]," nicht verbergen, die er beschrieb als "die Intensivierung Maßnahmen die von der Basis aus die Säulen des herrschenden Systems" angreifen.

Er konnte auch nicht seiner Befreiung über die Tatsache verbergen, dass es dem "System" gelungen ist, einen weiteren Tag angesichts des Ärgers und der Wut der Demonstranten zu überleben. (State-Run Fars Nachrichtenagentur, 18 Januar 2010) Er unterstellte, "dass die Angeklagten im Irak und in europäischen Ländern [durch die PMOI] für Terror und Unruhen ausgebildet wurden " und "Instruktionen wie Bombardierungen und Terrorismus" erhielten, für die sie dann das System verantwortlich machen würden."

Solche lächerlichen Lügen erinnern an die Unterstellungen der Geheimpolizei (SAVAK) des Shahs in den letzten Tage seines Regimes und verdeutlichen lediglich die Furcht des klerikalen Regimes und seiner Unterdrückungsorgane sowie des Militärs vor dem sicheren Untergang. Salavati erklärte in dieser so genannten Gerichtssitzung, dass "der Artikel 186 des islamischen Strafgesetzbuches solange für die PMOI gelte, wie ihr Kernstück noch nicht ausgerottet ist".

Nach diesem Artikel werden, "solange noch der Kern der PMOI (MEK) existiert, alle Mitglieder und Unterstützer der PMOI, auch wenn sie nicht zum bewaffneten Flügel gehören, als Mohareb [Ketzer] gesehen". Zuvor erklärte der erste Stellvertreter des Justizchefs und einer der Beamten der Mullahs, der für das Massaker an 30.000 politischen Gefangenen 1988 verantwortlich ist, Ebrahim Raeesi:

"Die PMOI ist eine organisierte Bewegung", und "jeder, der der PMOI unter welchen Umständen und auf welchem Weg auch immer hilft ... wird als Mohareb angesehen". Raeesi betonte, dass der Einsatz von Stöcken und Steinen ebenfalls zur Anklage für "Moharebeh" gehören und die Todesstrafe zur Folge haben. (Staatsfernsehen, 30. Dezember 2009).



Ein Henker der Mullahs mit dem Namen Salavati agierte als Richter in einem Schauprozess und ordnete die Hinrichtung der Demonstranten an



"Neue Phase in die Grausamkeit der mittelalterlichen Regimes"

Frau Maryam Rajavi, die gewählte Präsidentin des iranischen Widerstandes, beschrieb die Todesurteile für 11 politische Gefangene und das Erhängen von zwei weiteren Gefangenen für die Anschuldigung des "mohareb" (im Krieg mit Gott befindend) als eine neue Phase der mittelalterlichen Barbarei des Regimes. Sie betonte, dass dies ein klares Signal für die Schwäche des Regimes ist im Lichte der landesweiten Aufstände ist. Die Verübung solcher Verbrechen stärke nur den Willen des Volkes zum Ende der religiösen Diktatur, ergänzte sie. Das iranische Volk und insbesondere seine Jugend wird ohne Frage mit ihren couragierten Aufständen fortführen, bis das klerikale Regime in Gänze gestürzt ist und Freiheit und Demokratie in ihrem Land Einzug hält, sagte Frau Rajavi.

Zwei politische Gefangene hingerichtet

Die zwei politischen Gefangenen Am 28. Januar für "das Organisieren von Demonstrationen" gehängt wurden, hatten angeblich Verbindungen zu den "aktuellen Unruhen", obwohl sie drei Monate vor dem Beginn der landesweiten Aufstände nach den beschämenden Wahlen im Juni verhaftet wurden. Sie waren während der ganzen Zeit in Gefangenschaft.

11 politische Gefangene wegen "mohareb" zum Tode verurteilt

Die Justiz der Mullahs verurteilte 11 politische Gefangene in einem Massenprozess zum Tode. Die Verurteilten wurden Berichten zu Folge bei den Aufständen in den vergangenen Monaten verhaftet.

Stellvertretender Geheimdienstminister:

"20 PMOI Mitglieder unter den 1000 inhaftierten des Ashura"

TEHERAN (AFP), 27. Januar – Der stellvertretende Geheimdienstminister sagte am Mittwoch (27. Januar), dass 1000 Menschen während der Unruhen zum Ashura verhaftet wurden. Es sagte jedoch nicht, ob diese Zahl die Verhaftungen in Teheran oder im ganzen Land betrifft. Zu den Verhafteten gehören auch 20 Mitglieder der Exilopposition der Volksmujahedin.

"Diese Personen haben die Unruhen angeführt", sagte der stellvertretende Minister.

"Sie haben die Anschuldigungen gestanden und da es sich um eine bewaffnete Organisation handelt, die bewaffnete Aktionen gegen die islamische Republik Iran ausführt, werden sie als mohareb (Feinde von Gott) angesehen." Nach dem islamischen Recht der Sharia erhalten mohareb die Todesstrafe.

Hinrichtungen weltweit zensiert

AI: "Unfaire Gerichtsverhandlung, ungerechtfertigte Ermordungen"

Amensty International verurteilt die Erhängungen und sagt: "Diese schockierenden Hinrichtungen zeigen uns, dass die iranischen Machthaber nichts unversucht lassen, um die friedlichen Proteste nach der Wahl zu stoppen. Diese Menschen bekamen zuerst unfaire Gerichtsverhandlungen und wurden nun zu Unrecht getötet. Es ist noch nicht einmal auszuschließen, dass die "Geständnisse" zu den Verbindungen einer Gruppe nicht unter Nötigung erpresst wurden.

EU: "Auf das Schärfste verurteilt"

Die EU Ministerin für auswärtige Angelegenheiten verurteilte die Hinrichtungen am Freitag in einer Erklärung. "Die EU verurteilt die beiden Hinrichtungen auf das Schärfste und drückt seine Sorge über Hinrichtungen von Personen nach Massenprozessen aus", sagte sie. Die EU "lehnt die Todesstrafe, unter allen Umständen ab."

USA: "Ruchlose Niederschlagung"

Der stellvertretende Sprecher des Weißen Hauses, Bill Burton, verurteilte die Hinrichtungen "scharf" und sagte, sie zeigen einen neuen Tiefpunkt in der "ruchlosen Niederschlagung" friedlicher Proteste. "Die Ermordung von politischen Gefangenen und die Missachtung ihrer fundamentalen Rechte führen uns nicht gerade zu dem Respekt und der Legitimität, den die islamische Republik von uns erwartet. Sie führen nur zu einer weiteren Isolation der Regierung in der Welt und seinem Volk."

GB: Entsetzen über die Ermordungen

Der britische Außenminister David Milbrand sagte, er sei "entsetzt" über die Erhängungen und erklärte: "Die Prozesse und diese Hinrichtungen widersprechen den Behauptungen des Iran, dass sie gerecht vorgehen und die Menschenrechte und demokratischen Werte achten."

Kanada: "Tief besorgt"

Der kanadische Außenminister Lawrence Cannon sagte in einer Erklärung: "Kanada ist über die Berichte der Hinrichtung von Mohammad Reza Ali-Zammani and Aresh Rahmanipour am 28. Januar durch die iranische Regierung tief besorgt. Die iranische Regierung fährt damit fort, Iraner wegen ihrer politischen, der religiösen Einstellung oder ihrer ethischen Zugehörigkeit hinzurichten. Das ist inakzeptabel. Der Anstieg von willkürlichen Verhaftungen, Todesstrafen und Hinrichtungen nach der Präsidentschaftswahl im Juni 2009 ist ein verstörender Trend, den der Iran beenden muss. Kanada sieht auch, dass die Regierung des Iran politischen Gefangenen faire und transparente Prozesse verwehrt und außerdem sind weitere Prozesse angesetzt.

Proteste gehen weiter

Fortgesetzte Aufstände in Lar

Die couragierten Aufstände in der iranischen Stadt Lar gingen am Freitag, den 5. Februar weiter. Der Protest war so stark und zahlreich, dass die Kleriker keine Freitagspredigten in der Stadt abhalten konnten. Eine große Menge, die kilometerlang war, demonstrierte vor der Hosseinih Azam Moschee und rief Anti - Regime Sprechchöre.

Am Donnerstag abend griffen Spezialeinheiten die Demonstranten mit Schüssen aus Luftgewehren an und verletzten mindestens 40 Personen. Die unterdrückenden Einheiten verwundeten weitere Demonstranten, darunter auch Kinder, Frauen und ältere Menschen, nachdem sie die Menge mit Schlagstöcken angriff.



Zur Mittagszeit am Freitag griffen wütende Menschen nach den aggressiven Handlungen der vergangenen Nacht das Hauptquartier der staatlichen Sicherheitskräfte in der Stadt an. Die unterdrückenden Einheiten mussten vor der tobenden Menge fliehen.

Tod dem Diktator" Rufe bei großer Demonstration in Qom

Eine große Menge traf sich am Freitagnachmittag (29. Januar 2010) zu einer Demonstration vor dem Massoumeh Schrein in der heiligen Stadt Qom, um dem verstorbenen Ayatollah Montazeri an seinem vierzigsten Todestag zu gedenken. Dabei waren immer wieder Rufe wie: „Tod Khamenei, Gott segne Montazeri“ zu hören. Die Proteste fielen inmitten der Erhängung von zwei politischen Gefangenen und den Todesstrafen von 11 weiteren Gefangenen unter der Anklage des „moharebeh“ (im Krieg gegen Gott).

Die Demonstration fand trotz einer starken Präsenz von Sicherheitskräften in der gesamten Stadt und einer Atmosphäre der Angst und Einschüchterung zur Verhinderung von Anti - Regime Protesten statt. Etliche Mitarbeiter des Regimes mischten sich unter die Demonstranten und riefen „Tod den Heuchlern (ein degradierender Begriff, der das Regime benutzt, wenn er sich auf die PMOI bezieht).

Demonstranten verbrennen in Shiraz Portraits von Khamenei und Khomeini

Am Freitag rissen Bewohner der Stadt Nowdan Boulevard in Shiraz, einer Stadt im Süden Irans, bei einer Kundgebung zum vierzigsten Todestag von Ayatollah Hossein-Ali Montazeri zwei Meter hohe Porträts der beiden Symbolfiguren des klerikalen Regimes, Khamenei und Khomeini, ab und verbrannten sie. Bei einer Zeremonie aus gleichem Anlass in der Stadt Qom im Landesinneren wurden teilnehmende Jugendliche festgenommen. Es wurde auf sie eingeschlagen und ihr jetziger Aufenthaltsort ist nicht bekannt.

Studenten in Teheran rufen „Nieder mit dem Diktator“

Studenten der Teheraner Azad Universität in Teheran (südliche Teheraner Abteilung) hielten am 14. Januar eine Protestveranstaltung an, in der sie zur Freilassung ihrer inhaftierten Kommilitonen aufriefen. Sie riefen „Nieder mit dem Diktator“ und „Freiheit für die inhaftierten Studenten“.

Die Studenten der technischen Universität von Teheran veröffentlichten ihren Plan für Sitzstreiks zum Protest gegen die Verhaftung ihrer Kommilitonen. Sie sagten, sie werden solange nicht an den Prüfungen teilnehmen, bis ihre Kommilitonen frei gelassen werden. Der Aufruf folgte zeitgleich mit anderen Boykottaufrufen von Studenten aus anderen Universitäten im ganzen Land.

Studenten der Teheraner Khajeh Nasir Toosi Universität (KNTU) nahmen ebenfalls wegen der Verhaftung von Studenten bei den Anti - Regierungsdemonstrationen beim Ashura Tag nicht an den Prüfungen teil.

Zwei kurdische politische Gefangene zum Tode verurteilt

Das iranische Regime hat zwei kurdische politische Gefangene von einem Berufungsgericht zum Tode verurteilen lassen. Mohammad-Amin Abdollahi (25) und Ghader Mohammadzadeh wurden unter anderem wegen der Organisierung von verbotenen Gruppen verurteilt. Herr Abdollahi wurde zuvor zu 20 Jahren Haft verurteilt, aber am 16. Januar verurteilte ihn das Berufungsgericht zum Tode, weil es jetzt um eine Anklage wegen „Aktivitäten gegen die nationale Sicherheit und des Krieges gegen Gott“ ging. Das selbe Gericht

änderte eine 32 Jahre lang dauernde Haftstrafe von Herr Mohammadzadeh in ein Todesurteil.

Schiitische und sunnitische Kleriker verhaftet

Das iranische Regime lies Herr Mohammad-Taqi Khalaji, einen Kleriker, der dem verstorbenen Ajatollah Montazeri nahe stand, am 12. Januar in seiner Wohnung in Qom verhaften. Ein weiterer Kleriker, Scheich Mohammad Qureyshi, der die sunnitische Moschee von Jame Mohammadih in Talesh, der nördlichen Provinz Gilan leitete, wurde am 10. Januar verhaftet und in das örtliche Geheimdienstbüro gebracht. Weitere sunnitische Theologen wurden in der Stadt Khash in der Provinz Sistan und Beluchistan, südöstlicher Iran, Ende Dezember verhaftet.

Maryam Rajavi bekommt Ehrenmedaille, Einweihung der „Teheranhalle“



Am 17. Januar wurde die Teheranhalle in der Stadthalle von Magny-en-Vexin eingeweiht. Sie ist ein Symbol für die Solidarität mit den Volksaufständen im Iran.

In einem Artikel vom 29. Januar schrieb die französische Zeitung Lecho: "Der Bürgermeister Jean-Pierre Muller betonte die Wichtigkeit der Werte der Freiheit und überreichte Maryam Rajavi eine Ehrenmedaille der Stadt Magny mit ihrem Namen darauf. Die Tageszeitung zitierte Herr Muller mit den Worten: "Ihre Bewegung und die PMOI sind Speerspitzen in dem Kampf gegen schändliche Barbaren. Ihr Kampf für die Freiheit, für einen freien und demokratischen Iran und gegen ein brutales und unterdrückendes Regime der Mullahs ist auch unser Anliegen.

Die gewählte Präsidentin des iranischen Widerstandes gab dem Bürgermeistern und dem Vize-Präsidenten des Generalrates der Val d'Oise Region ein Gemälde über Teheran. Sie sagte: "Es ist eine Ehre für mich, heute an der Einweihung der Teheranhalle teilnehmen zu dürfen. Im Namen des iranischen Volkes und seines Widerstandes und der Bewohner von Camp Ashraf, welche die Hoffnungen des iranischen Volkes verkörpern, danke ich ihnen von tiefsten Herzen für diese Initiative.

Neujahrsgrüße für einen freien Iran

Am 8. Januar sendete die gewählte Präsidentin des iranischen Widerstandes, Maryam Rajavi, ihre Neujahrsgrüße an die Menschen der Stadt Auvers-sur-Oise und an die Provinz Val d'oise, wo sie lebt.

Frau Rajavi sprach zu diesem Anlass: Aktuell ist die Krise im Iran der wichtigste Punkt auf internationaler Bühne. 2009 war ein Jahr, das deutlich gezeigt hat, dass die Beschwichtigungspolitik der direkten Gespräche mit der religiösen Diktatur gescheitert ist. Der iranische Widerstand hat gesagt, dass dieses Regime instabil ist und dass das iranische Volk bereit ist, zu revoltieren. Wir haben die Wahrheit dieser Ankündigung in den letzten Monaten gesehen. Die dritte Option, ein demokratischer Wandel durch das iranische Volk und seinen Widerstand ist die einzig sinnvolle Option für den Iran. Im letzten Jahr hat die Solidarität von Frankreichs Vertretern mit dem Widerstand neue Höhen erreicht. Mehr als 2000 französische Bürgermeister unterstützen den iranischen Widerstand. Frankreich hat zudem eine harte Linie gegenüber den Mullahs erkennen lassen. Ich hoffe, dass diese Politik weiter geht und das dabei geholfen wird, die Hindernisse zu beseitigen, die dem iranischen Widerstand in den Weg gelegt wurden.

Jean-Pierre Béquet, der Bürgermeister von Auvers-sur-Oise sagte: Das iranische Volk zeigt eine grenzenlose Courage im Kampf gegen die regierende Diktatur. Sie demonstrieren ihren Willen zum Sturz des Regimes.

Dominique Lefebvre, der Bürgermeister von Cergy-Pontoise, bezeichnete den Plan des iranischen Regimes, die Bewohner von Camp Ashraf gewaltsam umsetzen zu lassen als Vorbereitung für ein Massaker. Er sagte: Eine gewaltsame Umsiedlung der Bewohner von Ashraf wäre eine massive Verletzung des internationalen Rechts. Wir können in dieser Angelegenheit keine Kompromisse eingehen. Sie brachen jetzt andere, die an ihrer Seite, die mit Stärke und Entschlossenheit den Widerstand unterstützen, gerade weil das Regime zerfällt.



The Washington Post

Der Schlüssel zum Umgang mit dem Iran:

Verbindungen zur Opposition stärken

Auszüge:

30. Januar 2010

Teheran hat nicht geantwortet und er hat sein Wort gehalten und sich für eine diplomatische Initiative in diesem Monat eingesetzt, die eine neue UN Resolution zum Ziel hat.... Die Mitarbeiter der Administration äußern ihren Optimismus, dass neue und härte Sanktionen verabschiedet werden können... Dennoch stellt sich eine größere Frage: Will Obama auch eine zwei-Wege Strategie fahren, indem er neben Sanktionen auch die steigende radikalisierte Opposition unterstützen will, der das Regime jeden Tag gegenüber steht.

Viele Experten außerhalb der Administration und im Kongress denken, er sollte dies tun. Die Hardlineriege um den obersten Führer Ali Khamenei hat nach ihrer Ansicht ihre Legitimation verloren und steht in jeder Frage am stärksten gegen den Westen. Die beste Chance, den Iran von einer Fähigkeit zum Bau der Atombombe abzuhalten ist ein Sieg der Opposition....

Dies im Hinterkopf habend, spricht Obama mit schärfer werdendem Ton gegen die Niederschlagung der Opposition...Doch die Berater des Präsidenten sagen, dass er eine Annäherung mit dem Regime nicht fallen lassen will.

Das Problem dieser Strategie ist, dass die Administration seinen Fokus auf der schlechteste Lösung lässt, anstatt sich der Lösung anzunähern, die wahrscheinlicher ist: Einem Sieg der Opposition.... Letzteres könnte mehr Unterstützung für unabhängige Sender im Land bedeuten oder die finanzielle Unterstützung von Gruppen, die der Opposition helfen, Internetzensuren zu umgehen. Obama selbst könnte mehr und öfter über die Rechte des Iranischen Volkes auf Redefreiheit, Versammlungsfreiheit und derjenigen, die in den Gefängnissen getötet werden, reden.

Das Regime zeigt sich unbeeindruckt von Sanktionen, vielleicht nicht ohne Grund. Aber es kann seinen Terror und seine Paranoia über eine mögliche Hilfe der Opposition durch die USA nicht verbergen. Wenn das Ziel der Sanktionen ist, das Regime zu bestrafen und es zu Zugeständnissen zu bringen, warum beginnt man nicht das zu unterstützen, wovor sie am meisten Angst haben?